

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus ( Nr. 6 )

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 15.05.2008  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Südhoff, Johann

#### **SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine für Enno Scheffel  
Bornemann, Bernd  
Gosciniak, Heinz  
Haase, Hans-Dieter ab 18:30 Uhr  
Mecklenburg, Rico  
Stöhr, Friedrich  
Strelow, Gregor  
Wessels, Johann

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald  
Odinga, Hinrich  
Orth, Petra  
Schönsee, Carmen

#### **FDP-Fraktion**

Hillgriet Eilers  
Fooker, Ralf  
Hoofdmann, Erwin

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd  
Stolz, Wulf-Dieter

#### **Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**

Graf, Wilfried  
Koziol, Stephan-Gerhard

#### **Beratende Mitglieder**

Janssen, Johann Vertreter des Trägerkreises des Behindertenbeirates der Stadt Emden  
Lüppen, Richard Vertreter des Naturschutzbundes NABU  
van Hoorn Vertreter des Seniorenbeirates  
von Fehren Vertreter des Stadtteilbeirates Barenburg

# Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6

## **Verwaltungsvorstand**

Docter, Andreas Stadtbaurat

## **von der Verwaltung**

Kinzel, Rainer

Fortmann, Ulrich

## **Protokollführung**

Bruns, Peter

## **Gäste**

Herr Dr. Heyer, Bundesanstalt für Wasserbau (BWA)

Herr de Boer, WSA

Herr Popp, NLWKN

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Herr Südhoff** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie als vortragende Gäste **Herrn Dr. Heyer** von der Bundesanstalt für Wasserbau (BWA), **Herrn de Boer** vom WSA sowie **Herrn Popp** vom NLWKN.

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

TOP 6 (Vorstellung Machbarkeitsstudie zur Außen-Emsvertiefung; Antrag der FDP-Fraktion vom 21.04.08; Vorlage 15/0701) wird vorgezogen und vor TOP 5 (Kohlekraftwerk; Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.08, Vorlage 15/0700) behandelt, um den Vertreter des WSA, **Herrn de Buhr**, nicht unnötig warten zu lassen.

### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

### **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

## **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

### **TOP 4 Veröffentlichung Gutachten Emssperrwerk; Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2008 Vorlage: 15/0702**

**Herr Bongartz** erklärt einleitend den der Vorlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion. Es gehe um den Einfluss des Emssperrwerkes auf die Allerheiligen-Sturmflut am 01.11.2006. Zum daraufhin erbetenen Gutachten stellt er verwundert fest, dass dieses nicht dem Rat ursprünglich

## Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6

vorgestellt worden sei, sondern bereits vorab der Öffentlichkeit im Emssperrwerk und über das Internet zugänglich gemacht worden sei.

**Herr Docter** begrüßt **Herrn Dr. Heyer**.

**Herr Dr. Heyer** stellt sich kurz vor und begrüßt die Einstellung des Gutachtens in das Internet. Es sei ihm wichtig, diese allgemein wichtigen Daten öffentlich zugänglich zu machen. Anschließend erläutert er ausführlich den beigefügten Folienvortrag.

**Herr Südhoff** dankt **Herrn Dr. Heyer** und erteilt den Ausschussmitgliedern das Wort.

**Herr Bornemann** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und erklärt, dass heute die Fragen beantwortet wurden, die damals beim Bau des Sperrwerks gestellt wurden. Damals wurde das Entstehen der jetzt berücksichtigten Schwallwelle verneint. Nun müssen Schlussfolgerungen für die Deichruhe gezogen werden.

Auch **Herr Bongartz** fragt nach den Konsequenzen aus dem Gutachten und erkundigt sich nach einer möglichen Deicherhöhung.

**Herr Popp, NLWKN**, erklärt, dass die Auswirkungen durch das Emssperrwerk, wie seinerzeit eingeschätzt, eingetreten seien. Der NLWKN habe die BWA mit dem Gutachten beauftragt und auch mit deren Einverständnis veröffentlicht. Er erklärt, dass die Allerheiligen-Flut am 01.11.2006 um 1,00 m niedriger eingetreten sei als die Bemessungsflut. Es bestand und besteht keine Gefahr im Verzuge. Auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse werde man die Deiche erhöhen müssen, was vor allen Dingen auf den Klimawandel zurückzuführen sei. Der Vorsorgezuschlag werde verdoppelt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

**Herr Dr. Heyer** bekräftigt diese Ausführungen. Auch vor 10 Jahren sei die Schwallwelle nicht abgestritten, jedoch noch geringer eingeschätzt worden.

**Herr Strelow** spricht von einer Beinahekatastrophe wegen einer Fehleinschätzung und fragt nach den Konsequenzen für die Schließung oder Öffnung des Sperrwerkes bei Sturmflut. Weiterhin möchte er wissen, ob die Kommunikation der zuständigen Behörden untereinander gewährleistet sei.

Des weiteren erkundigen sich **Frau Orth, Herr Renken und Herr von Fehren** nach Wassergeschwindigkeiten, Fließgeschwindigkeiten durch Emsvertiefung, nach Unsicherheiten in der weiteren Entwicklung und danach welche Schlussfolgerungen für das Management getroffen worden seien. Weiterhin wird gefragt, ob die derzeitige Deichhöhe ausreichend sei und in welchem Zeitraum jetzt Handlungsbedarf bestehe.

Darüber hinaus fragt **Herr Haase**, nachdem er dem Gutachten bestätigt mit den Berechnungen überein zu stimmen, ob es an der deutschen Nordseeküste ein einheitliches Klimaszenario gebe und wann und in welcher Höhe Mittel bereitgestellt würden.

**Frau Eilers** erkundigt sich zudem nach der Zuverlässigkeit der Messgeräte.

**Herr Dr. Heyer** erläutert, dass er kein Katastrophenszenario dargestellt habe, sondern die Allerheiligen-Sturmflut am 01.11.2006, die zwar stark aber noch im normalen Rahmen ausgefallen sei und sich 1,00 m unter der Bemessungssturmflut bewegt habe. Ein Bremsen der Sturmflutwelle durch zusätzliche Bauwerke sei zwar ingenieurmäßig möglich, aber in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht praktikabel. Zu dem Bemessungsmodell erläutert er, dass sich die Natur

## Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6

nicht nach Modellen richte, hier jedoch nach verschiedenen international anerkannten Verfahren nach dem aktuellen Stand der Technik gearbeitet worden sei und nunmehr ein Sicherheitszuschlag anzusetzen sei.

Zur Emsvertiefung erklärt er, dass die Solltiefe berücksichtigt werde und eine Vertiefung auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nur bei nachgewiesener Hochwasserneutralität erfolgen darf. Zur Differenz zwischen Deichhöhe und Bemessung wiederholt er, dass diese deutlich unter der Deichhöhe gelegen habe.

Der angefragte Ausfall der Messgeräte bezog sich auf einen Einzelausfall. Lediglich an einer Stelle musste das Pegelnetz ergänzt werden. Im übrigen sei es ausreichend, da man auch durch Interpolation Werte zuverlässiger Art ermitteln könne. Die Vorgehensweise der Küstenregion an der Elbe sei einheitlich und werde von allen Ländervertretern getragen.

**Herr Popp** vom NLWKN bekräftigt diese letzte Aussage und erklärt, dass die drei Länder sich verständigen.

Der Zeitraum der Deicherhöhung hänge nicht von finanziellen Fragen ab, sondern richte sich nach planerischen und rechtlichem Vorgehen. Die Deicherhöhung werde sukzessive fortgeführt.

Auf weitere Fragen aus dem Publikum erklärt **Herr Popp**, dass das Sperrwerk zum Zwecke des Schutzes gebaut worden sei und es eine Verpflichtung gebe, es bei einem Wasserstand von 3,50 m zu schließen. Das Management ist einig, arbeitet abgestimmt und mit den jeweils aktuellen Daten.

Abschließend bedankt sich **Herr Bornemann** für die kompetenten ausführlichen Vorträge und zieht für sich die Schlussfolgerung, dass man keine Sorge zur Deichsicherheit haben müsse.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 5 Kohlekraftwerk; - Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2008 Vorlage: 15/0700**

**Herr Bongartz** erläutert seine der Vorlage beigefügte Anfrage. Er verweist auf erste Informationsveranstaltungen zu diesem Thema und dass nunmehr Verfahrensfragen zu klären seien.

**Herr Docter** erwidert, dass es in der Sache nichts Neues gebe und es schon alles öffentlich vorgetragen worden sei. Im übrigen verweist er auf die umfangreiche beigefügte Stellungnahme der Verwaltung. Die zu entscheidenden Bauanträge werden nach Oldenburg zum Gewerbeaufsichtsamt gehen und dort beschieden werden. Nach dem Planungsrecht sei das Kraftwerk an der dortigen Stelle zulässig.

Es entwickelt sich eine sehr ausführliche und lebhaftige Debatte, an der unter anderem **Herr Renken** kritisiert, dass die Firma DONG für Fragen und Informationen vor Ort nicht anwesend sei. Er fragt auch nach der Möglichkeit, ob durch einen B-Plan Brennstoffe festgelegt werden können und bittet die Verwaltung, alle Möglichkeiten des Baurechtes auszunutzen.

Er erhoffe sich, dass sich die Politik auf einen gemeinsamen Standpunkt stelle und ein entsprechendes Signal gebe. Er betrachtet die Planungen der Firma DONG so, dass diese Emden als eine Art Manövriermasse im Vergleich zu Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern sehe. Der Stand der Technik sei sehr skeptisch zu betrachten und er schlage eine Experteneinladung vor.

## Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6

**Herr Bongartz** erkennt, dass das Vorhaben juristisch nicht verhindert werden könne. Die Politik könne zwar eine Meinung festlegen, jedoch das geltende Recht nicht ersetzen. Er gibt zu bedenken, dass weder Kohle- noch Gaskraftwerke CO<sub>2</sub>-frei arbeite. Er sieht die Stadt Emden nicht unter dem Diktat der Zeit. Kurzfristiges Handeln sei nicht zwingend erforderlich, die Pachtverträge in dem zur Frage stehenden Gebiet laufen noch bis 2018.

**Frau Orth** ergänzt, dass das Bundesimmissionsschutzgesetz die Vorgaben bestimme, wobei man das Unternehmen nicht zwingen könne, diese zu übertreffen.

**Herr Graf** stellt sich gegen die Planung und stellt einen Vergleich zwischen dem Schadstoffausstoß des Kohlekraftwerkes und dem Pkw-Verkehr her.

**Herr Haase** erläutert, dass die Menschen ein politisches Signal erwarten und lehnt ein Kohlekraftwerk ab. Er sieht die Politik in der Pflicht einen Druck auszuüben, um eine technologische Entwicklung zu beschleunigen. Er empfiehlt, das Verfahren in Hamburg-Moorburg abzuwarten.

**Herr Odinga** warnt vor erhöhten Ozon-Werten, wobei die Verwaltung die Ängste der Bürger zur Kenntnis nehmen müsse.

**Herr Fooken** erwartet, dass auch eine CCS-Technik den CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht auf Null reduzieren werde. Auch er sieht die Politik in der Pflicht, auf die Technik Druck zu machen.

Zum Standort Wybelsum erklärt er, dass den Bewohnern der Standort Wybelsumer Polder oder Rysumer Nacken nicht egal sei, weil ein starker Einfluss auf die Wohngebiete befürchtet werde.

In der allgemeinen Diskussion stellen die Ratsmitglieder fraktionsübergreifend fest, dass die Firma DONG eine mangelnde Offenheit an den Tag lege. Es gehe nicht nur um die rechtlichen Möglichkeiten, sondern den Willen der Bürger und des Rates festzustellen und diesem nachzukommen. Die Firma DONG solle wissen, dass sie mit ihrem Vorhaben hier nicht willkommen sei. Emden sei eine Stadt, die auf erneuerbare Energien setze.

Zur Frage eines Gaskraftwerkes werde ein Experten-Vortrag zu der Technologie als Vorinformation angeregt.

**Herr Bongartz** erklärt seine Einschätzung, dass ein Betreiber für ein Gaskraftwerk nicht zu gewinnen sei.

In seinen Ausführungen erläutert **Herr Docter** noch einmal, dass ein externer Sachverstand zur Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten nicht eingeholt werden müsse, da eine eindeutige Rechtslage vorliege. Der Flächennutzungsplan lasse den Bau eines Kraftwerkes zu. Außerdem sei der B-Plan kein Rechtsinstrument um Planungen zu verhindern. Als solcher sei er angreifbar und nichtig. Vielmehr sei ein B-Plan zur Steuerung des Städtebaus erforderlich.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 6**     **Vorstellung Machbarkeitsstudie zur Außen-Emsvertiefung;**  
              **- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.04.2008**  
              **Vorlage: 15/0701**

## **Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6**

**Herr de Boer** vom WSA erklärt in seinem mündlichen Vortrag, dass die Machbarkeitsstudie ein bereits überholter Schritt sei. Die Machbarkeitsstudie habe erfolgreich dazu gedient, das Vertiefungsvorhaben in eine hohe Priorität beim Verkehrsministerium zu bringen, so dass nun das WSA einen konkreten Planungsauftrag erhalten habe.

Das WSA sei zurzeit noch am Beginn der Planung.

Im Herbst 2008 werde ein Scoping-Termin (Anmerkung des Protokollführers: Erfolgsabschätzung) stattfinden und ein Untersuchungsrahmen werde festgelegt. Eine UVP werde über ein bis eineinhalb Jahre durchgeführt, so dass in 2011 oder 2012 mit dem Verfahren begonnen werden könne.

Maßgebliche Punkte seien Betrachtung des Kosten-Nutzen-Faktors, geringfügige Veränderung der Wasserstände, Hochwasserneutralität, Betrachtung der hohen Umweltrisiken, die FFH-Verträglichkeit und die Belange der betroffenen Fischerei.

**Herr de Boer** geht davon aus, dass das Verfahren im Jahre 2010 erörtert werden könne. Dann könne es auch zu einer weiteren Diskussion über das Verfahren kommen.

**Frau Eilers** bedauert die späte Vorstellung und erkundigt sich nach der Berücksichtigung des tideabhängigen Schiffverkehrs und nach der landseitigen Verklappung des Baggergutes.

**Herr de Boer** kommt auf den hohen Nutzenfaktor zurück und erklärt, dass die Studie die angesprochenen Punkte enthalte. Eine Verklappung sei wirtschaftlich, wobei Alternativen untersucht werden. Eine Verklappung der Baggermengen außerhalb der 12-Seemeilen-Zone werde als unwirtschaftlich angesehen, wobei eine Landverklappung nicht auszuschließen sei.

Zur Frage von **Herrn Odinga**, wie tief das Fahrwasser sei, erläutert **Herr de Boer**, dass dieses bei 8,10 m unter Seekartennull liege. Dazu müsste das Mitteltidehochwasser gerechnet werden, was ca. + 3,00 m ausmache.

**Herr Haase** begrüßt ausdrücklich die Machbarkeitsstudie, da dadurch die Bedarfe des Emders Hafens berücksichtigt werden und eine weitere Hafenentwicklung möglich sei. Er appelliert, jetzt nicht im Detail zu diskutieren, sondern die Ergebnisse abzuwarten. Alle Beteiligten seien einbezogen worden. Die Nagelprobe der Baggergutverklappung sei die Kosten-Nutzen-Frage, wobei er eine Landverklappung für günstiger halte.

**Herr Bongartz** regt an, das Baggergut für weitere Hafenentwicklungsflächen zu nutzen.

**Herr Docter** verweist nochmals darauf, dass Planunterlagen erstellt und eine Scoping-Verfahren durchgeführt werde, wobei die verschiedenen Varianten betrachtet werden. Auch er bittet, nicht im Vorfeld zu spekulieren sondern die prüffähigen Unterlagen abzuwarten.

**Herr de Boer** bietet in diesem Zusammenhang ein Kommunikationskonzept an und bittet dazu alle Beteiligten um rege Mitarbeit.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters liegen nicht vor.

**Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ( Nr. 18 ) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus Nr. 6**

**TOP 8      Anfragen**

Es entwickelt sich eine Diskussion über die Dauer der gemeinsamen Sitzung und der Zeitplanung der Verwaltung. Es wird diskutiert, ob die folgende Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt wegen der fortgeschrittenen Zeit abgesetzt und verschoben werden sollte.

Im Ergebnis besteht Einigkeit, den Tagesordnungspunkt „Teekweg“ zu behandeln.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.40 Uhr.